

Die Stadtverordnetenversammlung

Fraktion
Unabhängige Liste
Datum
10. Februar 2010

- Antrag
 Prüfantrag
 Anfrage

<input type="checkbox"/> Magistrat/Fraktion wünscht Beratung zuerst in der Stadtverordnetenversammlung	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;">Drucksache</td> </tr> <tr> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Eingang</td> <td style="width: 50%; padding: 2px;">Ausgang</td> </tr> </table>	Drucksache		Eingang	Ausgang
Drucksache					
Eingang		Ausgang			
Antragsteller wünscht Beratung zuerst im Ausschuss: <input checked="" type="checkbox"/> HFA <input type="checkbox"/> BVU <input type="checkbox"/> JKS <input type="checkbox"/> MAG					
<input type="checkbox"/> Anhörung Ausländerbeirat					

Von Stadtverordnetenvorsteher(in)/Büro Stadtverordnetenversammlung auszufüllen.

Betreff: Änderungsantrag zu 16/M 0168 - Sicherheitsdienst

Text und Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, in Ergänzung der Punkte b – d der Magistratevorlage 16/M 0168 folgende weitere Punkte:

1. Der Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses v. 28.1.2010, die Einrichtung einer Sicherheitsstreife durch einen privaten Sicherheitsdienst öffentlich auszuschreiben, wird aufgehoben.
2. Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Polizeidienststellen des Main-Taunus-Kreises ein Konzept für eine „Stadtpolizei“ zu erarbeiten.
3. Alternativ zu einem Konzept mit vier Stellen wird ein Konzept mit drei bzw. zwei Stellen zur Entscheidung vorgelegt.
4. Das Konzept „Stadtpolizei“ wird als Modellprojekt betrieben und nach drei Jahren einer Überprüfung unterzogen.
5. Der Magistrat wird beauftragt, über den Hessischen Städte- und Gemeindeverbund, bei der Landesregierung eine Mitfinanzierung von 50% zu erreichen.
6. Der Stellenplan ist entsprechend zu ändern. Die finanziellen Mittel stehen im Haushalt 2010 zur Verfügung.

Begründung:

Private Wachdienste sind im öffentlichen Raum nicht zulässig, daher ist ein Konzept „Stadtpolizei“ in Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Polizei zu erarbeiten, um eine Verbesserung der Sicherheits-situation für die Schwalbacher Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.

Günter Pabst, Fraktionsvorsitzender

Empfänger: Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung
 Mitglieder des Magistrates
 Ausländerbeirat (Beteiligung gem. § 88 Abs. 2 HGO)

Dezernat	Ämter